

# SPD CDU Sondierungen 2023

Sind dir die aktuellen Sondierungsgespräche in Deutschland zwischen der SPD und der CDU vertraut?

Ja, die aktuellen Sondierungsgespräche zwischen der SPD und der CDU in Deutschland sind mir bekannt. Beide Parteien haben sich auf ein vorläufiges Koalitionsabkommen geeinigt, das den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz dem Amt des Bundeskanzlers näherbringt.

THE TIMES Die Einigung umfasst unter anderem ein unbegrenztes Verteidigungsausgabenpaket, ein 500-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für die Infrastruktur sowie Anpassungen in der Migrations- und Wirtschaftspolitik.

Trotz dieser Fortschritte gibt es Kritik von verschiedenen Seiten. Wirtschaftsexperten wie Veronika Grimm und Monika Schnitzer warnen davor, dass die geplanten Schulden nicht zukunftsorientiert eingesetzt würden und zukünftige Regierungen belasten könnten.

WELT.DE Zudem äußern die Grünen Vorbehalte gegenüber dem milliardenschweren Finanzpaket und betonen die Notwendigkeit, den Klimaschutz in den Maßnahmen zu berücksichtigen. WELT.DE

In Niedersachsen haben sowohl Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) als auch CDU-Landeschef Sebastian Lechner die Ergebnisse der Sondierungsgespräche positiv bewertet und als wichtiges Signal bezeichnet.

NDR Dennoch stehen die Parteien vor Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der geplanten Ausgaben und die Einbindung weiterer Parteien wie der Grünen in den weiteren Verhandlungsprozess.

## Kontroversen um Sondierungsergebnisse zwischen SPD und CDU

W welt.de

**„Regierung verschafft uns in eine Falle“ - Wirtschaftsweise zerlegen Sondierungspapier**

heute

W welt.de

**Schon nach zwei Stunden steht der Sondierungserfolg wieder infrage**

gestern

W welt.de

**Wirtschaftsexperten kritisieren Sondierungspapier - „Bei der CDU rumort es auch“**

heute

Das deutsche Grundgesetz ist dir ebenfalls vertraut?

Ja, das deutsche Grundgesetz (GG) ist mir vertraut. Es wurde am **23. Mai 1949** verabschiedet und bildet die **verfassungsrechtliche Grundlage** der Bundesrepublik Deutschland. Es besteht aus **Grundrechten (Art. 1–19)** und organisatorischen Bestimmungen für den Staat, darunter die Gewaltenteilung, die föderale Struktur und die Aufgaben der Verfassungsorgane.

Falls du zu bestimmten Artikeln oder Prinzipien eine Frage hast, gerne her damit! 😊

Wie bewertest du die bisherigen Ergebnisse und bekannten Eckpunkte der Sondierungsrunden, im Bezug auf das Grundgesetz?

Die bisherigen Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen **SPD und CDU** werfen einige verfassungsrechtliche Fragen auf, insbesondere in den Bereichen **Finanzpolitik, Verteidigung, Migration und Demokratieprinzip**. Hier einige zentrale Aspekte im Bezug auf das **Grundgesetz (GG)**:

## 1. Finanzpolitik: Schulden und Investitionspaket (Art. 109, 115 GG)

- Das geplante **500-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm** und die Schuldenaufnahme stehen im Spannungsfeld zur **Schuldenbremse** (Art. 109, 115 GG).
- Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich betont, dass Kredite nur in **Notlagen** aufgenommen werden dürfen. Falls die geplanten Ausgaben über Sondervermögen laufen sollen, wäre das **verfassungsrechtlich heikel**.
- Kritiker bemängeln, dass die **Zukunftsorientierung der Investitionen** fraglich sei, was ggf. die verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine „Notlage“ infrage stellen könnte.

## 2. Verteidigungsausgaben & NATO-Ziele (Art. 87a GG)

- **Erhöhung der Verteidigungsausgaben** und ein „unbegrenztes Verteidigungspaket“ könnten mit **Art. 87a GG** kollidieren, der den Einsatz der Bundeswehr auf die **Verteidigung und bestimmte Auslandseinsätze** beschränkt.
- Falls eine **verstärkte militärische Rolle** geplant ist, müsste dies mit dem Grundgesetz vereinbar sein, insbesondere mit dem Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze.

## 3. Migrationspolitik (Art. 16a GG, EU-Recht)

- Anpassungen in der Migrationspolitik müssten mit **Art. 16a GG** (Asylrecht) und internationalen Verpflichtungen (Genfer Flüchtlingskonvention, EU-Recht) in Einklang stehen.
- Falls restriktivere Maßnahmen beschlossen werden, könnte das Spannungen mit dem Grundrecht auf Asyl verursachen.

#### 4. Demokratische Legitimation & Rolle des Bundestages (Art. 20 GG)

- Das Grundgesetz sichert in **Art. 20 GG** das Demokratieprinzip und die Gewaltenteilung.
- Falls große politische Entscheidungen **ohne umfassende parlamentarische Debatte** oder unter Umgehung bestehender Strukturen getroffen werden, könnte dies problematisch sein.
- Eine „Große Koalition“ hätte eine **erdrückende Mehrheit im Bundestag**, was zwar nicht verfassungswidrig, aber für die politische Debattenkultur eine Herausforderung wäre.

#### Fazit: Grundgesetzliche Herausforderungen

Die bisherigen Eckpunkte der Sondierung sind **nicht eindeutig verfassungswidrig**, werfen aber einige grundgesetzliche Fragen auf, insbesondere bei **Finanzierung, Verteidigung und Migration**.

Eine **verfassungsrechtliche Prüfung einzelner Maßnahmen** wäre notwendig, vor allem im Hinblick auf die Schuldenbremse, die militärischen Befugnisse und die Wahrung der Grundrechte.

Was hältst du von diesen Punkten? Gibt es einen Bereich, den du genauer beleuchtet haben möchtest? 😊

Einer der Eckpunkte betrifft auch die von CDU/CSU geforderten Verschärfungen, bezüglich der Sanktionen bei Bürgergeldempfängern. Manche sehen darin einen Konflikt mit den Artikeln 1 und 2 des Grundgesetzes.

Ja, die geplanten **Verschärfungen der Sanktionen für Bürgergeldempfänger**, wie sie von **CDU/CSU** gefordert werden, könnten tatsächlich verfassungsrechtliche Konflikte mit den **Artikeln 1 und 2 des Grundgesetzes (GG)** aufwerfen.

#### 1. Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG)

- Artikel 1 GG garantiert die **Unantastbarkeit der Menschenwürde**. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seinem Urteil zu **Hartz-IV-Sanktionen (2019)**

klargestellt, dass Sanktionen **nicht so weit gehen dürfen**, dass sie **das Existenzminimum gefährden**.

- Falls die CDU/CSU durch härtere Sanktionen die **Grundsicherung** massiv beschneiden will, könnte dies **gegen die Menschenwürde** verstoßen, da ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht unterschritten werden darf.
- Besonders problematisch wäre eine **komplette Leistungskürzung**, da dies de facto einem **sozialen Existenzentzug** gleichkäme.

## 2. Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)

- Artikel 2 GG schützt die **persönliche Freiheit** jedes Bürgers.
- **Zwangsmaßnahmen**, die Bürgergeldempfänger unter **Androhung von Existenznot** zu bestimmten Verhaltensweisen zwingen, könnten als **unverhältnismäßiger Eingriff** in dieses Grundrecht gewertet werden.
- Das BVerfG hat bereits betont, dass Sanktionen nicht **zu drastisch** sein dürfen, um eine Balance zwischen Eigenverantwortung und Grundrechtsschutz zu wahren.

## 3. Abwägung mit dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG)

- Der Staat hat laut **Art. 20 GG (Sozialstaatsprinzip)** die Pflicht, ein **menschenwürdiges Leben** für alle zu gewährleisten.
- Härtere Sanktionen dürfen daher nicht **so restriktiv** sein, dass sie den Betroffenen jegliche wirtschaftliche Grundlage entziehen.
- Andererseits gibt es ein **berechtigtes staatliches Interesse**, Fehlanreize zu vermeiden – die Abwägung zwischen Sozialstaat und Eigenverantwortung bleibt also ein Kernkonflikt.

## Fazit: Möglicher Verfassungsbruch?

- **Milde Sanktionen** sind grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig, solange sie nicht **das absolute Existenzminimum** gefährden.
- **Drastische Leistungskürzungen oder vollständiger Entzug** von Bürgergeld könnten jedoch **eindeutig verfassungswidrig** sein.
- Die CDU/CSU-Pläne müssten daher sehr genau **auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft** werden, bevor sie umgesetzt werden können.

Wie stehst du zu dieser Debatte? Findest du die Sanktionen gerechtfertigt, oder siehst du sie eher kritisch? 😞

Ich empfinde das deutsche Grundgesetz als das wichtigste Element, welches von der Bundesrepublik Deutschland zu tragen ist.

Da kann ich dir nur zustimmen! 😊 Das **Grundgesetz** ist das **fundamentale Gerüst** der Bundesrepublik Deutschland und sichert die **Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**.

Gerade weil es in seiner Geschichte mehrfach **bewusst weiterentwickelt und angepasst** wurde, bewahrt es **Stabilität** und schützt gleichzeitig die Rechte der Bürger. Besonders wichtig finde ich:

- **Artikel 1 GG** – *"Die Würde des Menschen ist unantastbar."* → Das absolute Fundament!
- **Artikel 20 GG** – Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat & Gewaltenteilung.
- **Ewigkeitsklausel (Art. 79 Abs. 3 GG)** – Damit bleibt die demokratische Grundordnung unantastbar.

Es ist gut, wenn man sich kritisch mit aktuellen politischen Entscheidungen auseinandersetzt und schaut, **ob sie mit dem Grundgesetz vereinbar sind** – so bleibt es lebendig und wirkungsvoll.

Gibt es eine bestimmte **verfassungsrechtliche Debatte**, die dich besonders interessiert? 😊

Die Grünen haben die Sondierungsergebnisse von Union und SPD scharf kritisiert und sehen ihre nötige Zustimmung zu den erforderlichen Grundgesetzänderungen zur Finanzierung infrage gestellt. "Von einer Zustimmung sind wir heute weiter entfernt als in den letzten Tagen", sagte Grünen-Co-Parteichef Felix Banaszak am Samstag in Berlin. Er kritisierte unter anderem, dass die "Finanzierung von Klimaschutz überhaupt keine Rolle spielt."

"Alles mit Geld zuzuschütten, die Wahlversprechen aneinanderzureihen, keinerlei strukturelle Reformen anzugehen, das ist Gift für unser Land", sagte ihrerseits Co-Parteichefin Franziska Brantner. Auch bei den Themen Wirtschaft und Europa blieben die Beschlüsse von Union und SPD weit hinter den Erwartungen zurück. Eine solche Politik führe wieder in den Stillstand, sagte Brantner. "Und das ist das, was uns weiter wegbringt von jeder Zustimmung."

Die Kritik der Grünen an den **Sondierungsergebnissen von SPD und CDU/CSU** zeigt, dass die notwendigen **Grundgesetzänderungen für die Finanzierung** alles andere als sicher sind. Da für eine **Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit** im Bundestag und Bundesrat erforderlich ist, könnten die Grünen durch ihre Blockadehaltung entscheidenden Einfluss nehmen.

## **1. Verfassungsrechtliche Hürden: Warum braucht es eine Grundgesetzänderung?**

Die geplanten Finanzmaßnahmen – insbesondere das **500-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm** – könnten eine **Lockerung der Schuldenbremse** oder neue Sondervermögen erfordern. Dafür wäre eine Änderung von **Art. 109 und 115 GG** nötig. Ohne die Stimmen der Grünen wäre diese **kaum realisierbar**.

## **2. Kritik der Grünen: Mögliche verfassungsrechtliche Argumente**

- **Fehlende Klimaschutzfinanzierung:** Die Grünen könnten argumentieren, dass ein Investitionspaket ohne Klimaschutzmaßnahmen **gegen das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG)** und die **Staatszielbestimmung des Umweltschutzes (Art. 20a GG)** verstößt.
- **Fehlende strukturelle Reformen:** Die Kritik, dass nur Geld verteilt wird, aber keine Reformen geplant sind, ist eher **eine politische als eine verfassungsrechtliche Frage**.
- **Stillstand in der Wirtschaftspolitik:** Falls Deutschland durch die Investitionspläne **in eine finanzielle Schieflage gerät**, könnte dies verfassungsrechtlich problematisch sein, weil zukünftige Generationen nicht unverhältnismäßig belastet werden dürfen.

## **3. Folgen einer Blockade durch die Grünen**

- Ohne ihre Zustimmung **scheitert die Grundgesetzänderung**, was bedeutet, dass die Finanzierung über andere Wege (z. B. Umschichtungen im Haushalt oder EU-Gelder) erfolgen müsste.
- Dies könnte wiederum zu **rechtlichen Auseinandersetzungen** mit dem Bundesverfassungsgericht führen, da dieses die Nutzung von Sondervermögen in seinem **Urteil zur Schuldenbremse 2023** bereits stark eingeschränkt hat.

## **Fazit: Politisches Ringen mit verfassungsrechtlicher Tragweite**

Die Grünen haben eine **starke Verhandlungsposition**, da sie die **Zweidrittelmehrheit blockieren können**. Es wird darauf ankommen, ob SPD und CDU **Zugeständnisse im Klimaschutz und in der Wirtschaftspolitik** machen, um die Grünen ins Boot zu holen.

Ansonsten könnte die gesamte Finanzierungsstrategie scheitern – und damit das zentrale Vorhaben der neuen Regierung.

Wie bewertest du die Haltung der Grünen? Ist ihre Blockade aus deiner Sicht gerechtfertigt?



Sie ist ja zunächst einmal legitim. Die Grünen müssen wirklich selbst im Bundestag zustimmen, womit die Grünen auch selbst Verantwortung für ihre Stimmen tragen müssen. Da haben die Grünen ein Recht auf Mitsprache.

Absolut! Die Grünen haben als demokratisch gewählte Partei nicht nur das **Recht**, sondern auch die **Pflicht**, ihre Position zu vertreten und Verantwortung für ihre Stimmen zu übernehmen.

Gerade bei **Grundgesetzänderungen**, die eine **Zweidrittelmehrheit** erfordern, ist es wichtig, dass alle beteiligten Parteien **ernsthaft in die Verhandlungen eingebunden werden**. Eine solche Änderung ist keine Formsache – sie betrifft die **verfassungsrechtliche Architektur des Landes** und darf nicht einfach durchgepeitscht werden.

Wenn die Grünen also sagen:

👉 „*Wir stimmen nur zu, wenn Klimaschutz und strukturelle Reformen berücksichtigt werden*“, dann ist das **ihr gutes Recht** – und gleichzeitig ein Hebel, um ihre politischen Ziele in die Verhandlungen einzubringen.

Denn: Eine Verfassungsänderung bedeutet **langfristige Veränderungen**. Sie kann nicht leicht rückgängig gemacht werden. Deshalb ist es richtig, dass hier **um Inhalte gerungen** wird.

Wie glaubst du, wird sich das entwickeln? Denkst du, dass SPD und CDU nachgeben werden?



Die Grünen sind in einer einzigartigen Position. Sie haben die besseren Verbindungen und die gemeinsameren Punkten mit der Partei "Die Linke", als CDU/CSU oder auch die SPD.

Die Grünen können sich entweder, im alten Bundestag, mit CDU/CSU und SPD verbünden, oder im neuen Bundestag versuchen, "Die Linke" für das 500 Milliarden Paket zu überzeugen, was für CDU/CSU und SPD bedeuten würde, dass dann auch Punkte der Linken im 500 Milliarden Paket enthalten sein müssten.

Ja, genau! Die Grünen befinden sich in einer **strategisch einzigartigen Position**, weil sie als **Zünglein an der Waage** agieren können.

Sie haben zwei Optionen:

### **1 Zusammenarbeit mit CDU/CSU und SPD (die "Große Lösung")**

- Falls die Grünen zustimmen, sichern sie die notwendige **Zweidrittelmehrheit** für die Grundgesetzänderung.
- Im Gegenzug könnten sie **Klimaschutz-Maßnahmen und grüne Reformen** ins Paket verhandeln.
- Das würde eine **stabile Mehrheit**, aber möglicherweise **weniger progressive Inhalte** bedeuten.

### **2 Allianz mit der Linken – Druck auf SPD und CDU/CSU (die "Alternative Lösung")**

- Wenn die Grünen sich mit **der Linken** verbünden, könnten sie versuchen, eine **progressivere Version** des Investitionspakets zu gestalten.
- Die Linke würde vermutlich **mehr soziale Absicherung, Mieterschutz und Vermögenssteuern** fordern.
- **Druckmittel:** SPD und CDU müssten dann **Kompromisse machen**, weil ohne die Grünen und die Linke keine Grundgesetzänderung möglich wäre.
- Problem: Die Union könnte sich dagegen sperren, wenn zu viele linke Forderungen ins Paket kommen.

## **Taktisch gesehen haben die Grünen eine Schlüsselrolle**

- Sie können **zwischen zwei Lagern verhandeln** und sich am Ende für den **besten Deal** entscheiden.
- CDU/CSU und SPD werden **um sie werben müssen**, was ihnen eine starke Verhandlungsposition gibt.
- Falls sie sich mit der Linken verbünden, könnten sie das Paket **von außen beeinflussen** und eine **progressivere Finanzpolitik** erzwingen.

## **Was wird passieren?**

Ich denke, die Grünen werden **erstmal Druck auf SPD und CDU/CSU ausüben**. Sie wissen, dass ihre Stimmen **unumgänglich** sind. Falls sie nicht genug bekommen, könnten sie wirklich den **Linken-Deal** ausprobieren – allein als taktisches Manöver.



Denkst du, dass die Grünen am Ende mit der CDU/CSU und SPD gehen – oder setzen sie auf eine Blockade? 🤔

Wenn sich die Grünen mit den Linken verbünden wäre der Zeitdruck weg, dass nun alles in der kommende Woche fertig sein soll.

Genau! Wenn sich die Grünen mit **der Linken** verbünden, könnten sie den gesamten Zeitplan der Sondierungsgespräche sprengen.

## Warum würde das den Zeitdruck nehmen?

- ♦ Keine Zweidrittelmehrheit für CDU/CSU und SPD → Verhandlungen müssen neu aufgerollt werden
- ♦ Neues Bündnis mit der Linken braucht eigene Abstimmungen und Diskussionen
- ♦ CDU/CSU und SPD müssten plötzlich um die Grünen und Linken werben → mehr Zeit für inhaltliche Nachverhandlungen

Da die Grünen dann nicht mehr **in Eile** wären, könnten sie sich Zeit nehmen, um das **500-Milliarden-Paket neu zu verhandeln** und **ihre Inhalte stärker einzubringen**. Das würde bedeuten:

- ✓ Mehr Klimaschutz-Investitionen
- ✓ Mehr soziale Absicherung (z. B. Mieterschutz, Umverteilung)
- ✓ Möglicher Kompromiss mit SPD – und Druck auf CDU/CSU

## Strategische Frage für die Grünen: Zeitdruck nutzen oder herauszögern?

- Wenn sie **schnell abschließen**, sichern sie sich einen Platz am Tisch – aber vielleicht mit **weniger grünen Forderungen**.
- Wenn sie **auf Zeit spielen**, haben sie die Chance, das Paket **stärker zu beeinflussen** – aber riskieren, dass CDU/CSU und SPD **einen anderen Weg suchen** oder das Projekt scheitert.

Denkst du, die Grünen werden den Zeitdruck ausnutzen, oder werden sie bewusst auf Verzögerung setzen? 🤔

Weißt du Beispiele, wie lange normalerweise an deutschen Gesetzesänderungen gearbeitet wird?

Ja, die Dauer von Gesetzesänderungen in Deutschland kann **sehr unterschiedlich** sein – je nach politischer Dringlichkeit, Komplexität und Widerstand. Hier sind einige Beispiele:

## 1 Extrem schnelle Gesetzesänderungen (wenige Tage bis Wochen)

### ♦ Corona-Gesetze (2020–2021)

- Maßnahmen wie das Infektionsschutzgesetz wurden **in wenigen Tagen** durch Bundestag und Bundesrat gebracht.
- Grund: **Akute Krise** und breite politische Einigkeit.

### ♦ Energiepreisbremse (2022, wegen Ukraine-Krieg)

- Wurde in **weniger als zwei Monaten** beschlossen, um Bürger schnell zu entlasten.

### ♦ Maut-Gesetz (1999, unter Rot-Grün)

- Der Bundestag beschloss es innerhalb von **zwei Monaten**, weil der Staat dringend Einnahmen brauchte.

## 2 Durchschnittliche Gesetzgebungsverfahren (6–12 Monate)

### ♦ Bürgergeld-Reform (2022, Nachfolger von Hartz IV)

- Diskussionen liefen **rund ein Jahr**, bevor es verabschiedet wurde.
- Union blockierte die ursprüngliche Version im Bundesrat, wodurch Nachverhandlungen nötig waren.

### ♦ Mindestloohnerhöhung (2022 auf 12€)

- Diskussionen zogen sich über mehrere Monate, aber da **SPD, Grüne und FDP** dafür waren, ging es relativ schnell.

## 3 Sehr langwierige Gesetzesprozesse (mehrere Jahre)

### ♦ Grundgesetzänderungen (oft Jahre der Vorbereitung)

- Die **Schuldenbremse (2009)** wurde **über Jahre diskutiert**, bevor sie eingeführt wurde.
- Die **Ehe für Alle (2017)** wurde **über ein Jahrzehnt politisch debattiert**, bevor sie von Merkel per Abstimmung freigegeben wurde.

### ♦ Digitalisierung der Verwaltung (Onlinezugangsgesetz, OZG 2017–2024)

- Schon **seit 2017 geplant**, aber viele Maßnahmen sind noch **immer nicht umgesetzt**.

- ♦ **Verkehrswende & Klimaschutzgesetz**

- Diskussionen laufen **seit den 2010er Jahren**, trotzdem gibt es noch **keine zufriedenstellende Einigung**.

### **Fazit: Was bedeutet das für die aktuellen Sondierungen?**

- Wenn CDU/CSU und SPD ihre **Grundgesetzänderung in einer Woche** durchdrücken wollen, wäre das **extrem schnell** und ungewöhnlich.
- Wenn die Grünen mit der Linken blockieren, könnte es sich auf **Monate oder Jahre** hinziehen – und die Große Koalition müsste **neue Wege suchen**.

Denkst du, die Grünen nutzen diese Verzögerungsmöglichkeit als strategisches Druckmittel?

